

## Ansprache zum Tag der Heimat und zum Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Jeder Mensch hat das Recht auf Heimat. Leider galt das nicht immer als selbstverständlich. Vor 75 Jahren erlebten dies Millionen Menschen, unsere Landsleute aus Mittel- und Osteuropa sowie aus Zentralasien, am eigenen Leib.

Nach dem Zweiten Weltkrieg musste sich Deutschland mit seiner Schuld auseinandersetzen. Wie so viele andere Länder lag es in Trümmern, im Elend und Verzweiflung doch entschlossen, eine neue, gemeinsame europäische Zukunft zu bauen.

Jedoch gab es rund 14 Millionen Deutsche, die im Zuge des Krieges und seinen Nachwehen ihre Heimat verloren haben. Darunter befanden sich Menschen, die gewaltsam vertrieben wurden, sowie andere, die in ihren über Jahrhunderten aufgebauten Siedlungen verblieben sind. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs fühlten sie sich weiterhin verbunden mit den Ländern, in welchen bereits ihre Vorfahren Wurzeln schlugen. Leider zeigte sich schnell, dass es diese Heimat für sie nicht mehr gab.

Zum fünften Jahrestag des Potsdamer Abkommens erinnerten die Millionen Vertriebenen mit einem „Tag der Heimat“ an ihr Schicksal. Am 5. August 1950, beschlossen sie die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“.

Welche Bedeutung hat diese Erklärung heute?

Obwohl der erlittene Heimatverlust und die damit verbundenen Folgen für die Menschen immer noch spürbar waren, haben sie sich darauf geeinigt, auf Rache und Vergeltung zu verzichten. Sie träumten von einem geeinten Europa, in dem Menschen ohne Furcht und Zwang leben können.

Zu diesem Anlass dürfen die Landsleute, die jenseits der Grenzen verblieben sind, nicht vergessen werden. Auch sie haben ihre Heimat verloren.

Ein in der Heimat verbliebener Mann hat mir einmal gesagt: „Damals war nur der Himmel der gleiche, das Land war ein ganz anderes.“

Früher habe ich zwischen HeimatVERTRIEBENEN und HeimatVERBLIEBENEN unterschieden, um zu zeigen, dass wir Teil jenes Volkes sind, das durch den schrecklichen Krieg und seinen Folgen zerrissen wurde. Es ist wichtig zu erkennen, dass sowohl die einen als auch die anderen Heimatverlorene sind. Diejenigen, die in Schlesien, Pommern, West- oder Ostpreußen, Sudeten, Siebenbürgen, Ungarn oder Jugoslawien geblieben oder dort nach dem Krieg zurückgekehrt sind, haben erkannt, dass auch ihre Heimat nicht mehr dieselbe ist. Dasselbe erlebten unsere Landsleute, die innerhalb der Sowjetunion vertrieben wurden. Mit der neuen Heimat mussten sie sich meist schmerzhaft abfinden. Denn, wie kann man ein Land

als Heimat bezeichnen, in dem man für die Verwendung der Muttersprache bestraft wird, wo auf Grabmälern und in Kirchen jedes deutsche Wort heraus gemeißelt wird?

Ja, sie befanden sich in der Heimat. Aber mit jedem Vertriebenen, jedem Spätaussiedler, mit jedem Schuljahr ohne Deutschunterricht, mit jedem verbotenen deutschen Wort wurde ihnen die Heimat immer fremder. Trotzdem haben sich die Deutschen in mehr als 20 Ländern darum bemüht, in den Nachkriegsjahren den Wiederaufbau und die Entwicklung ihrer Heimat voranzutreiben.

In den meisten Ländern wurden die deutschen Minderheiten bis zur politischen Wende in den 80er und 90er Jahren von den Grundsätzen des demokratischen Staates ausgenommen. Dies führte zur fehlenden rechtlichen Anerkennung der gesamten deutschen Gemeinschaft, machte eine institutionelle Tätigkeit unmöglich und war oftmals mit kultureller und sprachlicher Diskriminierung verbunden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die sozialpolitische Situation und die Nachkriegsverfolgung der Deutschen in den Ländern Mittel- und Osteuropas im Folge des Zweiten Weltkrieges anerkannt und die gemeinsame Verantwortung für die Überwindung dieser Nachwirkungen übernommen. Mit Freude konnten wir beobachten, wie sich in der deutschen Politik die Überzeugung verankert hat, dass die Gemeinschaften der deutschen Minderheiten eine natürliche Brücke zwischen ihren einstigen und jetzigen Heimatland darstellen. Auf diesen, in den letzten 30 Jahren geschaffenen Voraussetzungen, basiert ein System zur Unterstützung unserer Gemeinschaften in vielen Bereichen. Ohne neue und bedeutsame Maßnahmen im Bereich der Bildung und Kultur sowie der Gründung und Professionalisierung von eigenen Institutionen und Organisationen werden wir die Aufgabe, den Verlustprozess der kulturellen und sprachlichen Identität aufzuhalten, nicht bewältigen können.

Deswegen möchten wir als Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN die Aufmerksamkeit auf Folgendes lenken:

1. Wir erinnern an das schwere Schicksal unseres Volkes nach dem Zweiten Weltkrieg und werden diese Erinnerung auch weiterhin pflegen. Wir, Heimatverbliebene und Heimatvertriebene, teilen dasselbe Schicksal und wir werden das Bewusstsein dafür weiterhin aufrechterhalten.

2. Wir verstehen uns als Brückenbauer zwischen Deutschland und den Heimatländern, die wir in Mittel- und Osteuropa seit Jahrhunderten bereichern. Dabei setzen wir uns ein für die Bewahrung der Sprache, der Tradition und generell des deutschen Kulturerbes, sowie die Bewahrung und Entwicklung der deutschen Identität, die Jugendarbeit und der Auf- und Ausbau von Selbstverwaltungsstrukturen in den Minderheitenorganisationen. Das tun wir gemeinsam und Hand in Hand mit anderen nationalen Minderheiten in allen Teilen Europas, um sie in ihrer großartigen Vielfalt zu vereinen.

3. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf eine besondere Unterstützung der Entwicklung des Bildungswesens der deutschen Minderheiten zu sichern.

4. Wir erbitten die Erhöhung der finanziellen Unterstützung für alle deutsche Minderheiten aufgrund unserer Resolution vom November 2019. Die moderne Welt stellt uns vor neue

Herausforderungen, deren Bewältigung finanzielle Möglichkeiten voraussetzt. Besondere Unterstützung benötigen die kleinsten Gemeinschaften, da sie es besonders schwer haben.

5. Wir sind zuversichtlich, dass die Bewahrung der deutschen Kultur und Sprache, die in vielen Gebieten seit Jahrhunderten präsent sind, der Stärkung unserer Gemeinschaften, von den kleinsten bis hin zu den größten, gewährleistet. Damit wird den negativen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, gemäß den Zielen der deutschen Politik, entgegengewirkt.

6. Wir sind und werden uns besonders für die Stärkung der europäischen Idee einsetzen. Unser Schicksal soll für alle Zeiten als Warnung gelten, besonders all jene Politik die menschenverachtenden Richtungen verfolgt.

In diesem Sinne blicken wir, die deutschen Minderheiten, optimistisch in die gemeinsame europäische Zukunft.